

Rede zum Haushalt 2010

(es gilt das gesprochene Wort)

Herr Landrat,
meine Damen und Herren,

Kreis bleibt schuldenfrei

mit dem Haushalt 2010 setzt der Kreis seinen bewährten Kurs solider Finanzen konsequent fort. Der Haushalt ist erneut in Aufwand und Ertrag ausgeglichen. Der Kreis bleibt schuldenfrei, eine Kreditaufnahme ist zum dritten Mal in Folge weder im Haushaltsjahr noch im Finanzplanungszeitraum bis 2013 vorgesehen. Damit bleiben die finanziellen Spielräume in der Zukunft unvorbelastet. Das ist praktizierte Generationengerechtigkeit. Davon profitieren die kreisangehörigen Städte und letztlich vor allem die Bürger. Die geringst mögliche finanzielle Belastung der Bürger war stets und bleibt auch in Zukunft das zentrale Ziel der FDP-Kreistagsfraktion.

Keine Belastung der Städte

Zudem trägt der Haushalt dem berechtigten Interesse der Städte, auch aktuell höhere Belastungen zu vermeiden, eindrucksvoll Rechnung. Trotz unabwiesbarer zusätzlicher Belastungen im Sozialhaushalt von 10,1 Mio. € bleibt das Aufkommen der Kreisumlage mit 292,2 Mio. € gegenüber 291,3 Mio. € im Jahr 2009 annähernd konstant, wobei die Steigerung um 0,9 Mio. € ausschließlich auf der Weitergabe der vom LVR beabsichtigten Erhöhung der Landschaftsumlage um 0,15 Prozentpunkte an die kreisangehörigen Städte beruht. Der Kreis folgt damit lediglich der seit Jahren gängigen Praxis, Verbesserungen und Verschlechterungen aus der Landschaftsumlage eins zu eins an die Städte weiter zu geben. Die Sonderumlage VRR kann demgegenüber um 1 Mio. € gesenkt werden. Insgesamt stellt sich der Kreishaushalt damit wie auch in den vergangenen Jahren als äußerst gemeindefreundlich dar. Insbesondere wenn man berücksichtigt, dass der Rückgang der Umlagegrundlagen der kreisangehörigen Städte im Referenzzeitraum um 15,5 Mio. € durch die Verbesserungen aus dem Einheitslastenabrechnungsgesetz in Höhe von 25,8 Mio. € mehr als kompensiert wird.

Kreis spart

Dass es dem Kreis – trotz deutlicher für ihn größtenteils nicht beeinflussbarer Kostensteigerungen insbesondere bei den Soziallasten – gelingt, die absolute Höhe der Kreisumlage nahezu konstant zu halten, ist von der Industrie- und

Handelskammer denn auch ausdrücklich begrüßt worden. Für die dies ermöglichenden Konsolidierungsanstrengungen dankt die FDP-Fraktion allen daran beteiligten Mitarbeitern des Kreises. Die Sparrunden der Verwaltung haben in der Tat zu bemerkenswerten Ergebnissen geführt. Kaum ist der ME-BIT wieder in die Ämterstruktur der Kreisverwaltung integriert, können die Aufwendungen für die Technikunterstützte Informationsverarbeitung um 600 T€ gesenkt werden. Und, Chapeau, Frau Haase, Sie haben in der Bauverwaltung so viel Einsparpotential entdeckt, dass selbst für die SPD-Fraktion noch ein paar Anträge übrig geblieben sind.

2011 und 2012 werden hart

Für die Jahre 2011 und 2012 sind jedoch weiter und stärker zurückgehende Umlagegrundlagen zu erwarten. Der Arbeitskreis Steuerschätzung hat im November 2009 im Hinblick auf die kommunalen Steuereinnahmen für das Jahr 2009 ein Minus von 10% und für das Jahr 2010 ein weiteres Minus von 4% gegenüber dem Vorjahr prognostiziert, bevor es in 2011 wieder zu Zuwächsen kommt. Ab Mitte 2009 läuft unser Referenzzeitraum für 2011, ab Mitte 2010 der Referenzzeitraum für 2012, das heißt, diese Entwicklung trifft uns mit einem Zeitverzug von einem Jahr auf der Ertragsseite im Haushalt. Insoweit erscheint der von den Kämmerern der kreisangehörigen Städte prognostizierte Rückgang der Umlagegrundlagen um etwa 10% für den Kreishaushalt 2011 nicht ganz unrealistisch. Zudem ist ab dem nächsten Jahr ein deutlicher Anstieg der Landschaftsumlage zu erwarten. Für den Finanzplanungszeitraum bis zum Jahr 2013 geht der LVR bei einem gleichbleibenden Hebesatz von 16,0% von einem Defizit von rund 700 Mio. € aus. Die Ausgleichsrücklage des Landschaftsverbands wird im Jahr 2011 vollständig verzehrt sein, so dass daher der Hebesatz der Landschaftsumlage ab dem nächsten Jahr deutlich steigen wird. Das sind keine rosigen Aussichten, meine Damen und Herren.

Welche Schlussfolgerungen sind daraus zu ziehen?

Gemeindefinanzreform notwendig

Erstens, die längst überfällige Reform der Gemeindefinanzen muss auf Bundesebene nunmehr zügig vorangetrieben werden. Die Gewerbesteuer, deren Anteil brutto an den Gemeindesteuern in Nordrhein-Westfalen 54,8% beträgt, ist konjunkturanfällig und bietet den Kommunen keine verlässliche Planungsgrundlage. Bei einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von 5% im letzten Jahr brach die Gewerbesteuer nach einer Schätzung des Deutschen Städtetags um 18,3% ein. Für 2010 wird trotz eines Wirtschaftswachstums zwischen 1,5% und 2% ein weiterer Rückgang der Gewerbesteuer um 2,9% prognostiziert. Ziel muss es daher sein, die Gewerbesteuer durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer und einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftssteuer mit eigenem

Heberecht zu ersetzen. Dazu, Herr Landrat, haben Sie sich bei der Einbringung des Haushaltsentwurfs mit begrüßenswerter Klarheit bekannt. Die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission zur Neuordnung der Gemeindefinanzen, die unter anderem diese Fragestellung zu prüfen hat und der auch Vertreter der kommunalen Spitzenverbände angehören, beabsichtigt ihren Abschlussbericht noch in diesem Jahr vorzulegen. Nach den durchaus positiven Signalen aus dem Bundesfinanzministerium nach der ersten Sitzung der Kommission am 4. März könnte sich allerdings wieder einmal die Vielstimmigkeit im Chor der Kommunen als deren Achillesferse erweisen. Nicht nur aus dem Städtetag ist Widerstand zu erwarten, auch die Ratinger SPD hat für die Ratssitzung am Donnerstag eine ablehnende Resolution eingebracht, mit der dieses für die kommunale Familie neben der Verankerung des Konnexitätsprinzips im Grundgesetz wichtigste Reformprojekt abgelehnt werden soll. Daneben bleibt die Umstellung der Anpassungsformel hinsichtlich der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft weg von der jahresdurchschnittlichen Anzahl der Bedarfsgemeinschaften hin zu den tatsächlichen Kosten der Unterkunft für die Kommunen eine elementare Forderung. Hier bleibt zu hoffen, dass die auf einen Antrag Nordrhein-Westfalens zurückgehende Anrufung des Vermittlungsausschusses Erfolg zeigt.

LVR muss sparen

Zweitens. Mindestens genauso wichtig wie die finanziellen Rahmenbedingungen durch den Bundes- und Landesgesetzgeber ist allerdings, dass die kommunale Familie – und zwar die Umlageverbände Kreis und Landschaftsverband ebenso wie Städte und Gemeinden - ihre Hausaufgaben macht, Konsolidierungspotential konsequent aufspürt und nutzt und sich nicht mit dem Hinweis auf eine in den allermeisten Fällen nur vermeintliche Vergeblichkeitsfalle aus der Verantwortung stiehlt. Der Landschaftsverband ist demnach aufgefordert, seine Anstrengungen bei der Suche nach Einsparungsmöglichkeiten deutlich zu verstärken. Vergewahrtigt man sich beispielsweise die komfortable finanzielle Situation der Werkstätten des Kreises Mettmann, verfestigt sich der Eindruck, dass die Möglichkeiten des Landschaftsverbandes Konsolidierungspotential zu erschließen, noch lange nicht am Ende der Fahnenstange angekommen sind. Insoweit begrüßt die FDP-Kreistagsfraktion die Ankündigung des LVR, zeitnah in weitergehende Überlegungen zur Konsolidierung einzusteigen und eine Art „Haushaltssicherungskonzept“ für den LVR zu erarbeiten.

Interkommunale Zusammenarbeit ausbauen

Die kreisangehörigen Städte sind in erster Linie aufgefordert, die interkommunale Zusammenarbeit zu verstärken. Da lassen sich aus den letzten Jahren unzählige Beispiele wegen Kirchturmdenkens verpasster Chancen zu Kostensenkungen

finden. Ich will beispielhaft nur die technikunterstützte Informationsverarbeitung nennen, bei der ein Gutachter 2004 ein Synergiepotential in mehrfacher Millionenhöhe festgestellt hat. Insofern, Herr Völker, haben Sie mit Ihrer Kritik an den Städten völlig recht. Der Kreis seinerseits steht den Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit jedenfalls stets offen gegenüber.

Kreis muss vorsorgen

Aber auch der Kreis muss infolge der bereits jetzt absehbaren Einnahmerückgänge in den kommenden beiden Jahren unverzüglich entsprechende Vorsorgemaßnahmen treffen und weiterhin mit Nachdruck nach weiteren Einsparungsmöglichkeiten suchen. Die FDP-Fraktion jedenfalls ist zu den notwendigen Einschnitten bereit. Denn uns ist bewusst, dass diejenigen gestärkt aus der Wirtschafts- und Finanzkrise hervorgehen werden, die frühzeitig reagiert, ihre Ausgaben gesenkt und ihre Strukturen angepasst haben. Das gilt für Kommunen ebenso wie für die Privatwirtschaft. Nur dass diese aufgrund der anderen rechtlichen Rahmenbedingungen meist flexibler reagieren kann. Dazu gehört für die FDP-Kreistagsfraktion auch, größere Investitionen zurück zu stellen, bis sich die finanzielle Lage des Kreises wieder verbessert hat. Insofern bedauern wir, dass der Bau von Mensen an den Berufskollegs nicht mehr aus Mitteln des Konjunkturpakets II finanziert werden kann, insbesondere da den letzten durch die Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen des Konjunkturpakets II nicht mehr eine den 2009 beschlossenen Maßnahmen vergleichbare Überzeugungskraft innewohnt. Dies gilt insbesondere für die zusätzlich bereitgestellten Mittel zur Fenstersanierung des Berufskollegs Niederberg, ohne dass diese Maßnahme auch zu Ende geführt werden könnte. Daher hat der Kreisausschuss nun dem Landrat einen entsprechenden Prüfauftrag in Bezug auf die Mensen erteilt. Aufgrund der bislang getätigten hohen Investitionen befindet sich die Infrastruktur des Kreises aber in einem solch guten Zustand, dass wir auch ein paar magere Jahre ohne weiteres überstehen. So ist es noch gar nicht lange her, dass sowohl die Sporthalle am Berufskolleg Neandertal als auch die K20n jeweils ihrer Bestimmung übergeben werden konnten. Und der bereits im Haushalt veranschlagte Bau der Osttangente in Mettmann hat für die FDP-Kreistagsfraktion weiterhin höchste Priorität.

Personal- aufwendungen senken

Meine Damen und Herren,
auch der Personalhaushalt kann aufgrund der sich absehbar verschlechternden Ertragssituation von der Notwendigkeit zu Einsparungen nicht ausgenommen werden. Dem ungebremsten Wachstum der Personalaufwendungen in drei Jahren von 46,5 Mio. € auf nunmehr knapp 60 Mio. € muss daher endlich entschlossen gegengesteuert werden. Dieser

kontinuierliche Anstieg seit 2007 um 28% lässt sich nicht alleine mit Tarif- und Besoldungserhöhungen oder von Bund und Land übertragenen Aufgaben erklären, auch nicht mit der Wiedereingliederung des ME-BIT in die Ämterstruktur der Kreisverwaltung, die einen Sondereffekt im laufenden Haushalt darstellt. Da bleibt ein Delta. Der auf Antrag der FDP-Fraktion im Dezember 2008 vom Kreisausschuss gefasste Beschluss, mit dem der Landrat beauftragt worden ist, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um bis zum Jahr 2012 eine jährliche Verminderung der Personalaufwendungen in Höhe von 250 T€ zu erreichen und dem Unterausschuss für Personalfragen einen Maßnahmenkatalog zur Deckelung der Personalaufwendungen im Finanzplanungszeitraum vorzulegen, hat sich als nicht ausreichend erwiesen. Zum einen ist der zweite Teil des Beschlusses nicht umgesetzt und der geforderte Maßnahmenkatalog nicht vorgelegt worden.

Transparenz herstellen

Zum anderen fehlt es – und das ist besonders unbefriedigend – dem Personalhaushalt weiterhin an der insbesondere nach dem NKF erforderlichen Transparenz. Letzteres habe ich vor einem Jahr an gleicher Stelle bereits mit klaren Worten moniert – aber es scheint nicht angekommen zu sein. Und deshalb muss ich dieses Jahr wohl noch deutlicher werden. Die sich im Personalhaushalt wiederfindenden Standarderläuterungen, allen voran die „Steigerung des Ansatzes aufgrund einer personalwirtschaftlichen Maßnahme“, stellen eine Zumutung dar. Die FDP-Kreistagsfraktion fordert ein, dass dem Prinzip, dass Veränderungen im Haushalt nachvollziehbar erläutert werden, auch im Personalbereich endlich wieder Rechnung getragen wird und wird dies notfalls bei den nächsten Haushaltsberatungen mit entsprechenden Anfragen durchsetzen. Man kann – insbesondere aufgrund der in anderen Bereichen ordentlichen Qualität der Erläuterungen – sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Erläuterungen im Personalhaushalt bewusst nichtssagend gehalten worden sind. Als ob die Personalwirtschaft als eine Art Geheimwissenschaft betrachtet wird, die den Kreistag und die Öffentlichkeit nichts angeht.

Kreisverwaltung verschlanken

Da hilft auch der Hinweis nichts, der Anteil der Personalkosten am Gesamthaushaltsvolumen liege mit 14% deutlich unter dem Schnitt vieler anderer Kommunen. Mir ist dazu nur aufgefallen, dass die Personalintensität des Kreises Wesel etwas geringer und die des Kreises Kleve mit nur 11% sogar deutlich geringer ist. Und das, obwohl der Kreis Mettmann im Gegensatz zu den beiden Kreisen Wesel und Kleve nur große und mittlere kreisangehörige Städte und daher ein viel eingeschränkteres Aufgabenspektrum hat, beispielsweise kein eigenes Jugendamt vorhält. Die entscheidende Frage ist doch vielmehr die, wie der Kreis Mettmann im Vergleich zu den anderen schuldenfreien Kommunen im Land Nordrhein-

Westfalen dasteht. Das ist unsere Vergleichsgruppe und diese legen – soweit mir das beispielsweise aus Reken, Langenfeld und Düsseldorf bekannt ist - auf die Begrenzung der Personalaufwendungen größten Wert. Denn die Personalaufwendungen stellen von den großen Blöcken des Haushalts den noch am ehesten Beeinflussbaren dar. Aufgrund der sich insbesondere für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 abzeichnenden finanziellen Engpässe ergibt sich – vor allem mit Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der kreisangehörigen Städte – daher insbesondere im Hinblick auf die Personalaufwendungen die Notwendigkeit, die Kreisverwaltung schlanker aufzustellen.

Keine Tabus

Mit dieser Analyse stehen wir als FDP-Kreistagsfraktion keineswegs alleine. Die Kämmerer der kreisangehörigen Städte haben in ihrer Stellungnahme zum Haushalt darum gebeten, dass alle Sparbemühungen im Hinblick sowohl auf die Personalkosten als auch auf die Sachausgaben so kurzfristig wie möglich realisiert werden. In ihrer Stellungnahme zum Haushalt schreibt die Industrie- und Handelskammer dazu: „Wie bereits in der Stellungnahme der kreisangehörigen Städte zum Haushaltsentwurf des Kreises angeregt, sollte der Kreis Mettmann weitere Einsparungsmöglichkeiten – insbesondere bei seinen Personal- und Sachkosten – prüfen.“, und: „Zusätzliche freiwillige Aufgaben und Projekte sollten bis zu einer Erholung der städtischen Haushalte einer kritischen Überprüfung unterzogen und gegebenenfalls zurückgestellt oder aufgegeben werden.“ Auch der UnternehmerKreis Mettmann begrüßt einhellig, dass im Kreishaushalt gespart werden soll. Angesichts der für 2011 und 2012 erwarteten Gewerbesteuer-Einbrüche gehe es darum, durch Einsparungen die Belastungen für die kreisangehörigen Städte zu begrenzen. Das besondere Augenmerk – so der UnternehmerKreis – müsse auf den Personalkosten liegen. Dabei sei wichtig, dass alle Ebenen der Kreisverwaltung einbezogen würden und es keine Tabus gebe.

Neue Wege einschlagen

Dem kann sich die FDP-Kreistagsfraktion nur anschließen, meine Damen und Herren. Von Ihnen, Herr Landrat, erwarten wir bei der Konsolidierung im Personalbereich Ergebnisse, keine Ausflüchte. Wir Liberalen sind bereit, auch neue Wege einzuschlagen, um Einsparpotential zu generieren. Wir können uns beispielsweise vorstellen, dass nach dem Vorbild der Stadt Langenfeld Leistungsanreize dergestalt gesetzt werden, dass, wenn Mitarbeiter der Verwaltung aufgrund eigener Ideen Einsparungen oder zusätzliche Einnahmen erzielen, man sie im Rahmen des gesetzlich Zulässigen über ein Drittel frei verfügen lässt. Das ist doch von der Kreisverwaltung als Kommunalaufsicht schon mitgetragen worden und dürfte wesentlich effektiver sein als die Ausschüttung von

Leistungsentgelten aufgrund von Zielvereinbarungen, die – wie man da und dort so hört – auch schon mal Selbstverständliches beinhalten.

Personal budgetieren

Zudem regt die FDP-Fraktion eine Zusammenführung von fachlicher und personalwirtschaftlicher Verantwortung durch die Einführung von Personalbudgetierung an. Es scheint doch geradezu auf der Hand zu liegen, dass zum einen der fachlich Verantwortliche einen effektiveren Personaleinsatz steuern kann als eine zentrale Stelle über die gesamte Kreisverwaltung hinweg und zum anderen Reibungsverluste dadurch vermieden werden könnten. Aber das können wir aufgrund der Kompetenzverteilung nach der Kreisordnung natürlich lediglich anregen.

Aufgabenkritik notwendig

Der Kreisausschuss hat dagegen auf Antrag der FDP-Kreistagsfraktion einstimmig die Verwaltung beauftragt, ein Organisations- und Personalentwicklungskonzept zu erstellen. Zur Vorbereitung zukünftiger politischer Weichenstellungen ist eine grundlegende und aufgabenkritische Konzeption erforderlich, welche Aufgaben in welcher Organisationsform mit welchen personellen Ressourcen durch den Kreis wahrgenommen werden sollen. Im Rahmen dessen sollten unter anderem die Wirtschaftlichkeit sowie die Voraussetzungen eines Outsourcens der durch das Amt für Informationstechnologie wahrgenommenen Aufgaben an ein kommunales Rechenzentrum, eines mittel- bis langfristigen Outsourcens der vom Vermessungs- und Katasteramt wahrgenommenen nicht hoheitlichen Aufgaben, die Möglichkeit der Übertragung der durch den Bauhof des Kreises wahrgenommenen Aufgaben auf den Landesbetrieb Straßen NRW und die kreisangehörigen Städte sowie der interkommunale Zusammenschluss zu Einkaufsgemeinschaften geprüft werden. Darüber hinaus sollten die Standards in Bezug auf die durch den Kreis wahrgenommenen Aufgaben einer Überprüfung unterzogen werden.

SPD betreibt Effekthascherei

Zu alledem, Herr Carraro, fällt Ihnen nichts anderes ein, als der FDP-Fraktion Populismus zu unterstellen. Sie haben es gerade nötig, Herr Carraro! Viele Ihrer Beiträge zeichnen sich mehr durch ihren Unterhaltungswert als ihren sachlichen Gehalt aus. Waren Sie es nicht, der mit starken Worten durch die Aufrechterhaltung des GmbH-Mantels der Beschäftigungsgesellschaft deren Erfahrungswissen sichern wollte? Auch in Bezug auf Ihren Antrag zur Hochstraße in Haan kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass es Ihnen weniger um die Sache als um Effekthascherei ging. Nur weil wir nicht auf Ihren bloßen Zuruf für irgendwelche von Ihnen nicht näher bestimmte „kleinere Maßnahmen“ zur Verkehrsberuhigung auf der Hochstraße in Haan mal eben 20

T€ bewilligt haben, unterstellen Sie dem Landrat und der Mehrheit dieses Hauses, es müsse erst Schlimmeres geschehen, bis gehandelt werde. Das weisen wir entschieden zurück, Herr Carraro! Das ist unanständig, weil es suggeriert, wir würden fahrlässig Leib und Leben von Menschen gefährden! Dabei ist das von Ihnen beantragte bloße Einsetzen einer willkürlichen Summe in den Haushalt doch nur eine reine Symbolhandlung. An einer Objektivierung der von Ihnen behaupteten Gefährdung durch die vom Landrat angekündigten kurzfristigen Geschwindigkeitsmessungen haben Sie doch – wie Ihre Presseverlautbarungen nach dem Kreisausschuss zeigen – offensichtlich überhaupt kein Interesse. Weil es Ihrem Antrag ja die Grundlage entziehen könnte. Vielleicht reicht es gegebenenfalls aber auch aus, Tempo-30-Schilder aufzustellen. Das werden wir den Fachleuten überlassen. Auch Ihr Antrag auf Leistung einer einmaligen Beihilfe an Pro Familia hat eine ähnliche Qualität. Hauptsache, Sie stehen als der gute Samariter da, der Volkstribun, der der bürokratischen Verwaltung oder der herzlosen bürgerlichen Mehrheit mal wieder ein paar Kröten aus dem Kreuz geleiert hat. So viel zu Ihrer Selbstinszenierung. Dass mit einem einmaligen Zuschuss in Höhe von 10 T€ oder 5 T€ über den nach den Förderrichtlinien gezahlten Zuschuss hinaus das noch etwa fünf bis sechs Jahre andauernde strukturelle Problem von pro familia nicht einmal ansatzweise gelöst wäre und eine Bevorzugung von pro familia gegenüber den anderen Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen darstellen würde, interessiert Sie da eher weniger.

**grüne
Sozialromantik**

Auch die Grünen haben sich der Symbolpolitik verschrieben. Sie beantragen eine zusätzliche halbe Stelle für die bisherige Fachstelle Frau und Beruf, obwohl deren Aufgaben nicht etwa wegfallen, sondern - um Parallelarbeit zu vermeiden - im Büro des Landrats in den Bereichen Wirtschaftsförderung und Gleichstellungsstelle weiterhin durchgeführt werden soll. Auch nach der x-ten Erläuterung haben Sie nicht verstehen wollen, Herr Dr. Ibold, dass Ihr Antrag zu dem von Ihnen beabsichtigten Zweck schlichtweg nicht geeignet war, dass selbst wenn Ihrem Antrag stattgegeben worden wäre, die Aufgabe trotz dessen zukünftig im Büro des Landrats in den Bereichen Wirtschaftsförderung und Gleichstellungsstelle durchgeführt würde, weil der Kreistag das nun mal nicht zu entscheiden hat. Ansonsten kommt von den Grünen bis auf den bedenkenswerten Antrag zum Beschlusscontrolling die gleiche unbezahlbare Antragsflut wie in den Vorjahren: Ob der Neuaufbau eines allgemeinen Sozialdienstes für Senioren oder die Wiedereingliederung für die Ausgegrenzten, die kurioserweise selbst von den Linken abgelehnt worden ist. Aber Geld spielt für die Grünen ja bekanntlich keine Rolle, Herr Dr. Ibold. Sie wollten ja trotz der jährlich sechsstelligen Defizite

auch die Beschäftigungsgesellschaft bis mindestens Mitte 2011 erhalten und zum Zwecke der Konsolidierung ein Controlling und Qualitätsmanagement einrichten, obwohl selbst bei Schließung von Betriebsstätten und betriebsbedingten Kündigungen der Hälfte der Beschäftigten keine nachhaltige Verbesserung der finanziellen Situation eingetreten wäre, da weder von der ARGE nach SGB II noch - gemäß Auskunft der kreisangehörigen Städte – nach SGB XII ausreichend geeignetes Klientel zu akquirieren gewesen wäre. Ein weiteres Beispiel purer Sozialromantik.

Sozialticket belastet Mitte

Als solche ordnen wir Liberalen auch Ihren Antrag auf Verbesserung der Mobilität von Menschen mit geringem Einkommen, indem die Einführung eines Sozialtickets innerhalb des VRR unterstützt wird, ein. Dieser erhält aufgrund der Kooperationsvereinbarung zwischen CDU und Grünen im VRR dann allerdings doch eine besondere Bedeutung. Vor noch nicht einmal anderthalb Jahren, nämlich in der Sitzung des ÖPNV-Ausschusses vom 10. November 2008 wurde der Antrag der Grünen zur Einführung eines Sozialtickets innerhalb des VRR noch von allen anderen Fraktionen des Hauses abgelehnt. Herr Richter erklärte dazu ausweislich des Protokolls, beim VRR bestünden erhebliche europarechtliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Finanzierung des Sozialtickets über den VRR. Daran dürfte sich ja eigentlich nicht viel geändert haben. Zudem seien die finanziellen Risiken schwer abschätzbar. Dazu gibt es mittlerweile aus den Erfahrungen in Dortmund Zahlen. So beziffert die Rheinbahn die ihr durch ein Sozialticket entstehenden Einnahmeausfälle auf etwa 6,5 Mio. €. Die Vereinbarung im VRR sieht ausdrücklich vor, dass aus den möglichen Einnahmeverlusten aufgrund des Sozialtickets den Kommunen keine zusätzlichen Haushaltsbelastungen erwachsen sollen. Die drohen vielmehr dann, wenn der Vergabesenat des Oberlandesgerichts die der Vergabebeschwerde stattgebende Entscheidung der Vergabekammer der Bezirksregierung zu der Vereinbarung zwischen VRR und DB Regio hält. Aber dann bleibt wegen des Sozialtickets ja wohl keine andere Möglichkeit als die Preise für andere Fahrgäste anzuheben. Die FDP-Kreistagsfraktion lehnt deshalb die Einführung eines Sozialtickets strikt ab. Unsere Position dazu hat sich seit dem 10.11.2008 nicht geändert. Die vom VRR in Auftrag gegebene Marktforschungsstudie brauchen wir nicht. Wir wollen einfach nicht, dass die gesellschaftliche Mitte, die die Hauptlast der Steuereinnahmen trägt, aber diejenigen sind, die soziale Unterstützung und Infrastruktur des Staates oft am wenigsten in Anspruch nehmen, auch noch nach Einkommen differenziert zur Kasse gebeten werden, wenn sie Bus oder Bahn fahren. Das ist auch ordnungspolitisch verfehlt, weil es nicht Aufgabe des Zweckverbands VRR ist, Sozialausgleich zu betreiben, sondern Verkehrsleistungen bereit zu stellen. Zudem sind

nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts die Regelsätze des Arbeitslosengeldes II ohnehin neu zu berechnen, so dass die Frage des Bedarfs der ALG II-Bezieher nach ÖPNV-Leistungen ohnehin im Rahmen dessen zu beantworten ist. Ein Sozialticket ist damit überflüssig. Sie sehen, meine Damen und Herren, mit den Grünen ist eben nur linke Politik zu machen.

Die FDP-Fraktion stimmt dem Haushalt zu. Der Kreis setzt seinen Konsolidierungskurs konsequent fort und trägt durch die Schuldenfreiheit dem Ziel der Generationengerechtigkeit weiterhin vorbildlich Rechnung.

Für Ihren Einsatz im Kreis Mettmann danke ich allen Mitarbeitern der Kreisverwaltung. Ein besonderer Dank geht an die Mitarbeiter der Kämmerei und des Kreistagsbüros für ihre hervorragende Unterstützung. Ihnen danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.